Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

AbstimmungsInfo

Offizielle Mitteilungen zur kantonalen Volksabstimmung vom 18. Mai 2014

Kurzinformation

Vorlage 3

Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Der Kantonsrat hat die Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen am 13. November 2013 beschlossen. Ein Komitee hat das Referendum gegen den Beschluss des Kantonsrates ergriffen. Die Vorlage gelangt deshalb in die Volksabstimmung.

Warum sollen einzelne Bestimmungen des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen geändert werden?

Die Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (sog. Hooligan-Konkordat) ist erforderlich, weil

- ◆ zum Schutz friedlicher Besucher gewaltbereite Einzelpersonen gezielter von der Teilnahme an Sportanlässen abzuhalten sind;
- ◆ Spielbewilligungen und sachgerechte Auflagen die Selbstverantwortung der Veranstalter erhöhen;
- ◆ die von der Allgemeinheit zu tragenden Kosten für Polizeieinsätze zu verringern sind;
- ◆ die Polizei ihrer Hauptaufgabe, der Wahrung der öffentlichen Sicherheit, besser nachkommen kann;
- ◆ das Bundesgericht die Verfassungsmässigkeit der Änderung bestätigt hat.

Der Kantonsrat hat der Vorlage mit einem Stimmenverhältnis von 79 JA zu 6 NEIN sowie 8 Enthaltungen zugestimmt.

Erläuterungen

Vorlage 3

Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Beschränkte Wirkung des geltenden Hooligan-Konkordats und der intensivierten Präventionsarbeit der Klubs

Als Massnahmenpakt gegen die Gewaltbereitschaft anlässlich von Sportveranstaltungen hat die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren (KKJPD) 2007 das Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (nachfolgend Hooligan-Konkordat) verabschiedet. Der Kanton Solothurn ist dem Hooligan-Konkordat 2008 mit Beschluss des Kantonsrates beigetreten. Seit dem 1. Januar 2010 ist das Hooligan-Konkordat in Kraft und gilt mittlerweile in allen Kantonen. Es hat präventive Wirkung gezeigt. Dennoch ist es in den letzten Jahren weiterhin zu Gewalttätigkeiten mit Personen- und Sachschäden gekommen. Im November 2011 beispielsweise musste das Meisterschaftsspiel Grasshoppers gegen FC Zürich in der 77. Minute abgebrochen werden, weil die Sicherheit des Publikums nicht mehr gewährleistet war. Zu massiven Ausschreitungen kam es auch im Mai 2013, als in Bern Fans des FC Basel und der Grasshoppers aufeinanderstiessen. Selbst der Kanton Solothurn blieb nicht von Ausschreitungen verschont. Auch die intensivierte Präventionsarbeit der Klubs genügte nicht, um die schweizweite Zunahme von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen in den letzten Saisons zu verhindern. Beunruhigend ist insbesondere die Zunahme von Verstössen gegen das Sprengstoffgesetz. Im Informationssystem des Bundesamtes für Polizei ist die Anzahl neuerfasser Personen, die sich anlässlich von Sportveranstaltungen nachweislich gewalttätig verhalten haben, entsprechend angestiegen. Um Ausschreitungen durch gewalttätige und gewaltbereite Risikofans zu verhindern und die Sicherheit unbescholtener Zuschauer zu gewährleisten, musste auch die Polizei Kanton Solothurn **inner- und ausserhalb des Kantons regelmässig Einsätze mit entsprechenden Aufgeboten** durchführen. Abgesehen von den erheblichen Polizeikosten führen diese kantonalen und ausserkantonalen Einsätze zu einer unerwünschten Bindung der vorhandenen Personalressourcen der Polizei Kanton Solothurn.

Warum ist die Änderung des Hooligan-Konkordats nötig?

Die KKJPD hat Handlungsbedarf erkannt und am 2. Februar 2012 einstimmig eine massvolle Änderung des Hooligan-Konkordats beschlossen. Neben der wirksameren **Verhinderung von Sachschäden** steht insbesondere der verbesserte **Schutz friedlicher Sportbegeisterter** im Vordergrund. Unbescholtene Zuschauerinnen und Zuschauer sollen Spiele ungetrübt geniessen können. Dazu ist eine gezieltere Einbindung der beteiligten Klubs und Veranstalter in die notwendigen Sicherheitsmassnahmen nötig. Mittelfristig dürften die griffigeren Massnahmen gegen gewaltbereite Einzelpersonen eine Verringerung der Anzahl Polizeieinsätze und eine entsprechende Kostensenkung zur Folge haben. **Polizeiangehörige**, welche nicht zum Schutz eines Sportanlasses aufgeboden werden müssen, **stehen wieder vermehrt für ihre Kernaufgabe**, der Wahrung der öffentlichen Sicherheit im Kanton Solothurn, **zur Verfügung**.

Haltung anderer Kantone

Bis heute haben **16 Kantone** der Änderung des Hooligan-Konkordats **zugestimmt** (Aargau, die beiden Appenzell, Bern, Freiburg, Jura, Luzern, Neuenburg, Obwalden, St. Gallen, Tessin, Uri, Waadt, Wallis, Zürich und Zug). Die beiden Basel lehnen die Änderung bislang ab (Stand Februar 2014). In Bern, Zürich und Zug hat sich die Bevölkerung jeweils mit grossem Mehr für die Annahme der Änderung ausgesprochen (ZH: 85,4 % Ja-Stimmen, ZG: 81,0 % Ja-Stimmen, BE: 78,2 % Ja-Stimmen).

Inhalt der Änderung

Bewilligungspflicht

Kernpunkt ist die Bewilligungspflicht für Fussball- und Eishockeyspiele mit Beteiligung der Klubs aus der obersten Liga der Männer (Super League und National League). Derzeit trifft dies auf keinen Klub im Kanton Solothurn zu. Bewilligungen können mit sachgerechten Auflagen verbunden werden. Damit kann frühzeitig auf das **Sicherheitskonzept des Veranstalters** Einfluss genommen werden. Spiele unterer Ligen oder anderer Sportarten können im Einzelfall für bewilligungspflichtig erklärt werden, sofern eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist. Es ist davon auszugehen, dass nur vereinzelt davon Gebrauch zu machen ist.

Zutrittskontrollen, Durchsuchungen, Regelung der An- und Rückreise und des Alkoholausschanks

Nur Zutrittskontrollen stellen sicher, dass keine gewaltbereiten und mit einem Stadionverbot belegten Einzelpersonen ins Stadion gelangen. Durchsuchungen **verhindern das Mitführen verbotener Gegenstände (insbesondere pyrotechnische Gegenstände)**. Durchsuchungen unter den Kleidern sind ausdrücklich Polizeikräften vorbehalten und nur bei konkretem Verdacht zulässig, dass die durchsuchte Person einen verbotenen Gegenstand ins Stadion schmuggeln wolle. Die Regelung der An- und Rückreise verhindert das Zusammentreffen von Gäste- und Heimfans. Die Möglichkeit, den Verkauf alkoholischer Getränke notfalls zu regeln, trägt dem Umstand der enthemmenden Wirkung von Alkohol Rechnung.

Wirksamere Ausgestaltung bestehender Präventionsmassnahmen gegen einzelne Gewalttäter

Rayonverbote und Meldeauflagen werden wirksamer ausgestaltet: Das Rayonverbot kann neu bis maximal 3 Jahre angeordnet werden (bisher 1 Jahr), die Meldeauflage ist u.a. auch bei der Verwendung von Waffen und pyrotechnischen Gegenständen zulässig. Neu gelten auch die Straftaten „Tätlichkeiten“ und „Hinderung einer Amtshandlung“ als gewalttätiges Verhalten. Die Massnahmen sind notwendig und geeignet, um **Gewalttäter wirksamer von Sportanlässen fernzuhalten**. Wie bislang setzen diese Massnahmen den Nachweis eines gewalttätigen Verhaltens oder von Gewalttätigkeiten voraus. Friedliche Zuschauerinnen und Zuschauer sind nicht betroffen.

Wirksame Verhinderung des Fantourismus

Ein Abseitsstehen hätte wegen der interkantonalen Wirkung des geänderten Hooligan-Konkordats negative Auswirkungen auf den Kanton Solothurn. Zu befürchten ist das Ausweichen gewaltbereiter Personen. Der Beitritt des Kantons Solothurn zum geänderten Hooligan-Konkordat ist notwendig, um unerwünschten Fantourismus zu verhindern.

Bundesgericht bestätigt Verfassungsmässigkeit der Änderung

Im Januar 2014 hat sich auch das Bundesgericht mit der Änderung des Hooligan-Konkordats befasst: Das Hooligan-Konkordat umfasse ausschliesslich Massnahmen zur Verhinderung von Gewalt und beziehe sich nicht auf die strafrechtliche Schuldfrage. Die Verfassungsmässigkeit der Änderung wurde grundsätzlich bestätigt. Auch die vom Referendatskomitee als Bevormundung kritisierten Massnahmen sind gemäss Bundesgericht rechtmässig. Einzig in zwei untergeordneten Punkten wurde ein Korrekturbedarf festgestellt: Sowohl auf die einjährige Minimaldauer eines Rayonverbots als auch auf die zwingende Verdoppelung der Dauer einer Meldeauflage ist aus Gründen der Verhältnismässigkeit zu verzichten. Die KKJPD hat diese beiden Änderungen bereits in den Konkordatstext aufgenommen. Dem Solothurner Stimmvolk wird der vom Bundesgericht bestätigte, verfassungsmässige Text des Hooligan-Konkordats zur Abstimmung unterbreitet.

Argumente des Referendatskomitees

Der nachfolgende Text wurde vom Referendatskomitee verfasst:

Höhere Steuern für Hooligans?

Die bürokratischen Vorschriften verunmöglichen die Planung für die Vereine. Dazu kommt, dass z.B. getrennte Eingangskontrollen für die Fans beider Teams auf den meisten Sportplätzen im Kanton nicht möglich sind. Das bedeutet das Ende des heutigen Fussball-Cups, und welcher kleine Junge hat damals nicht davon geträumt gegen Georges Bregy, Stephane Chapuisat oder Marco Streller auf dem heimischen Platz aufzulaufen? Muss auch die letzte Bastion der Volkfeststimmung weg? Heute werden zum Beispiel an den Matches vom EHC Olten jährlich mehrere

10'000 Franken* an die Kosten der Kantonspolizei bezahlt, der eigene Sicherheitsdienst schlägt nochmals mit 40'000 Franken pro Saison zu Buche. Die grössten Kosten aber kann der EHC Olten durch interne, freiwillige Helfer abfedern und so erscheinen diese rund 6000 Einsatzstunden in keiner Rechnung. Soll hier nun der Staat einspringen? Wer soll diese Kosten bezahlen? Für uns absolut logisch das am Ende wieder der Steuerzahler für diese Kosten aufkommen muss. Deshalb Nein zum verschärften Konkordat.

Friedliche Matchbesucher und Matchbesucherinnen bestrafen?

Bereits heute bestehen genügend gesetzliche Grundlagen, um die kleine Minderheit an Problemfans dingfest zu machen. Sie müssten nur angewandt werden. Die Konkordats-Verschärfung trifft jedoch nicht die Hooligans. Vielmehr werden künftig alle Machtbesucher / innen von den Massnahmen betroffen sein, ob alt oder jung, Frau oder Mann. Im Kanton Zürich musste bereits ein Testspiel an einem Dienstagnachmittag bei welchem rund 200 Rentner und Rentnerinnen als Gäste erwartet worden wären abgesagt werden, weil man auf dem Testplatz keine separierten Eingänge gewährleisten konnte.

Der Staat bevormundet ALLE Matchbesucher und Besucherinnen!

Die Konkordats-Verschärfung will ausserhalb des VIP-Sektors generelle Alkoholverbote verhängen, Intimkontrollen der Matchbesucher / innen ermöglichen und den Leuten vorschreiben, mit welchem Transportmittel (ein spontaner Matchbesuch liegt künftig nicht mehr drin) sie an ein Spiel reisen müssen. Der Staat bevormundet damit unbescholtene Bürger und Bürgerinnen.

Rechtlich fragwürdig

Zudem können mit der Konkordats-Verschärfung Aufenthaltsverbote für bestimmte Gebiete verfügt werden. Dadurch dürfte sich z.B. in der Stadt Bern zum Beispiel eine Person an gut 100 Tagen pro Jahr nicht am Bahnhof aufhalten. Dafür ist nicht einmal eine richterliche Verurteilung nötig, sondern es reicht die Aussage einer einzigen Person. Das widerspricht schweizerischen Rechtsgrundsätzen. Künftig muss der Bürger also seine Unschuld beweisen und nicht mehr der Staat die Schuld des Angeklagten.

Spiele Bewilligen lassen

Wer ausser die Sportvereine hat das grösste Interesse daran, dass die Veranstaltungen sicher von statten gehen können? Mit der neuen Regelung würde diese Hoheit dem Staat zukommen. Braucht es wirklich für alles staatliche Interventionen?

Nein zu Gewalt – NEIN zum Konkordat

Unser aller Ziel ist es, die Polizeikosten auf ein Minimum zu reduzieren. Mit der Konkordats-Verschärfung wird dies nicht erreicht. Die Massnahmen sind nicht zielführend, im Gegenteil sie verursachen grossen bürokratischen und finanziellen Aufwand. Der in Olten seit Jahren beschrittene Weg mit Prävention, Dialog und Repression ist hingegen richtig und erfolgreich. Stadionverbote werden rasch und unbürokratisch ausgesprochen. Für mehr Sicherheit und friedliche Spiele – NEIN zum Konkordat!

*) Saison 2011/12: Fr. 16'600.-- / Saison 2012/13: Fr. 21'600.--

Regierungsrat und Kantonsrat empfehlen Ihnen:

JA zur Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Über diesen Beschluss stimmen Sie ab:

Vorlage 3

Kantonsratsbeschluss vom 13. November 2013 (KRB RG 138/2013)

Änderung vom 2. Februar 2012 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe d, Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 72 Absatz 1 und Artikel 82 Absatz 1 Buchstabe c der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 (KV; BGS 111.1), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 20. August 2013 (RRB Nr. 2013/1530), beschliesst:

1. Die Änderung vom 2. Februar 2012 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen wird genehmigt.
2. Der Regierungsrat ist mit dem Vollzug beauftragt.
3. Die Änderung vom 2. Februar 2012 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen tritt an jenem Datum in Kraft, an dem der Genehmigungsbeschluss rechtskräftig wird.

Im Namen des Kantonsrats
Susanne Schaffner
Präsidentin

Fritz Brechbühl
Ratssekretär

Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen¹⁾

Änderung vom 2. Februar 2012

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren

beschliesst:

I.

Der Erlass Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007²⁾ (Stand 1. Januar 2010) wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 1 (geändert)

¹ Gewalttätiges Verhalten und Gewalttätigkeiten liegen namentlich vor, wenn eine Person im Vorfeld einer Sportveranstaltung, während der Veranstaltung oder im Nachgang dazu folgende Straftaten begangen oder dazu angestiftet hat:

¹⁾ Die momentan geltende Fassung kann unter http://so.clex.ch/frontend/direct_searches/3021 eingesehen werden.

²⁾ BGS [511.514](#).

- a) (geändert) Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben nach den Artikeln 111 - 113, 117, 122, 123, 125 Absatz 2, 126 Absatz 1, 129, 133, 134 des Strafgesetzbuches (StGB)³⁾;
- f) (geändert) Gefährdung durch Sprengstoffe und giftige Gase in verbrecherischer Absicht nach Artikel 224 StGB;
- g) (geändert) Öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder zur Gewalttätigkeit nach Artikel 259 StGB;
- h) (geändert) Landfriedensbruch nach Artikel 260 StGB;
- i) (neu) Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte nach Artikel 285 StGB;
- j) (neu) Hinderung einer Amtshandlung nach Artikel 286 StGB.

Titel nach Art. 3 (neu)

1a. Bewilligungspflicht und Auflagen

Art. 3a (neu)

Bewilligungspflicht

¹ Fussball- und Eishockeyspiele mit Beteiligung der Klubs der jeweils obersten Spielklasse der Männer sind bewilligungspflichtig. Spiele der Klubs unterer Ligen oder anderer Sportarten können als bewilligungspflichtig erklärt werden, wenn im Umfeld der Spiele eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist.

² Zur Verhinderung gewalttätigen Verhaltens im Sinn von Artikel 2 kann die zuständige Behörde eine Bewilligung mit Auflagen verbinden. Diese können insbesondere bauliche und technische Massnahmen, den Einsatz bestimmter personeller oder anderer Mittel durch den Veranstalter, die Regeln für den Verkauf der Eintrittskarten, den Verkauf alkoholischer Getränke oder die Abwicklung der Zutrittskontrollen umfassen. Die Behörde kann insbesondere bestimmen, wie die Anreise und Rückreise der Anhänger der Gastmannschaft abzuwickeln ist und unter welchen Voraussetzungen ihnen Zutritt zu den Sportstätten gewährt werden darf.

³ Die Behörde kann anordnen, dass Besucherinnen und Besucher beim Besteigen von Fantransporten oder beim Zutritt zu Sportstätten Identitätsausweise vorweisen müssen und dass mittels Abgleich mit dem Informationssystem HOOGAN sichergestellt wird, dass keine Personen eingelassen werden, die mit einem gültigen Stadionverbot oder Massnahmen nach diesem Konkordat belegt sind.

⁴ Werden Auflagen verletzt, können adäquate Massnahmen getroffen werden. Unter anderem kann eine Bewilligung entzogen werden, für künftige Spiele verweigert werden, oder eine künftige Bewilligung kann mit zusätzlichen Auflagen versehen werden. Vom Bewilligungsnehmer kann Kostenersatz für Schäden verlangt werden, die auf eine Verletzung von Auflagen zurückzuführen sind.

Art. 3b (neu)

Durchsuchungen

¹ Die Polizei kann Besucherinnen und Besucher im Rahmen von Zutrittskontrollen zu Sportveranstaltungen oder beim Besteigen von Fantransporten bei einem konkreten Verdacht durch Personen gleichen Geschlechts auch unter den Kleidern am ganzen Körper nach verbotenen Gegenständen durchsuchen. Die Durchsuchungen müssen in nicht einsehbaren Räumen erfolgen. Eigentliche Untersuchungen des Intimbereichs erfolgen unter Beizug von medizinischem Personal.

² Die Behörden können private Sicherheitsunternehmen, die vom Veranstalter mit den Zutrittskontrollen zu den Sportstätten und zu den Fantransporten beauftragt sind, ermächtigen, Personen unabhängig von einem konkreten Verdacht über den Kleidern durch Personen gleichen Geschlechts am ganzen Körper nach verbotenen Gegenständen abzutasten.

³ Der Veranstalter informiert die Besucherinnen und Besucher seiner Sportveranstaltung über die Möglichkeit von Durchsuchungen.

Art. 4 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)

¹ Einer Person, die sich anlässlich von Sportveranstaltungen nachweislich an Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen beteiligt hat, kann der Aufenthalt in einem genau umschriebenen Gebiet im Umfeld von Sportveranstaltungen (Rayon) zu bestimmten Zeiten verboten werden. Die zuständige Behörde bestimmt, für welche Rayons das Verbot gilt.

² Das Rayonverbot wird für eine Dauer bis zu drei Jahren verfügt. Es kann Rayons in der ganzen Schweiz umfassen.

³⁾ SR 311.0.

³ Das Verbot kann von den folgenden Behörden verfügt werden:

- a) (*neu*) von der zuständigen Behörde im Kanton, in dem die Gewalttätigkeit erfolgte;
- b) (*neu*) von der zuständigen Behörde im Kanton, in dem die betroffene Person wohnt;
- c) (*neu*) von der zuständigen Behörde im Kanton, in dem der Klub seinen Sitz hat, zu dem die betroffene Person in Beziehung steht.

Der Vorrang bei sich konkurrenzierenden Zuständigkeiten folgt der Reihenfolge der Aufzählung in diesem Absatz.

⁴ Die Schweizerische Zentralstelle Hooliganismus (Zentralstelle) und das Bundesamt für Polizei fedpol können den Erlass von Rayonverboten beantragen.

Art. 5 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ In der Verfügung über ein Rayonverbot sind die Geltungsdauer und der räumliche Geltungsbereich festzulegen. Der Verfügung sind Angaben beizufügen, die es der betroffenen Person erlauben, genaue Kenntnis über die vom Verbot erfassten Rayons zu erhalten.

² Die verfügende Behörde informiert umgehend die übrigen in Artikel 4 Absatz 3 und 4 erwähnten Behörden.

Art. 6 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

¹ Eine Person kann verpflichtet werden, sich für eine Dauer von bis zu drei Jahren zu bestimmten Zeiten bei einer von der zuständigen Behörde bezeichneten Amtsstelle zu melden, wenn:

- a) (*geändert*) sie sich anlässlich von Sportveranstaltungen nachweislich an Gewalttätigkeiten gegen Personen im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c–j beteiligt hat. Ausgenommen sind Tötlichkeiten nach Artikel 126 Absatz 1 StGB⁴⁾;
- b) (*geändert*) sie Sachbeschädigungen im Sinne von Artikel 144 Absatz 2 und 3 StGB begangen hat;
- c) (*geändert*) sie Waffen, Sprengstoff, Schiesspulver oder pyrotechnische Gegenstände in der Absicht verwendet hat, Dritte zu gefährden oder zu schädigen oder wenn sie dies in Kauf genommen hat;
- d) (*neu*) gegen sie in den letzten zwei Jahren bereits eine Massnahme nach diesem Konkordat oder eine Ausreisebeschränkung nach Artikel 24c BWIS⁵⁾ verfügt wurde und sie erneut gegen Artikel 2 dieses Konkordats verstossen hat;
- e) (*neu*) aufgrund konkreter und aktueller Tatsachen anzunehmen ist, dass sie sich durch andere Massnahmen nicht von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen abhalten lässt; oder
- f) (*neu*) die Meldeauflage im Verhältnis zu anderen Massnahmen im Einzelfall als milder erscheint.

² Die betroffene Person hat sich bei der in der Verfügung genannten Amtsstelle zu den bezeichneten Zeiten zu melden. Nach Möglichkeit ist dies eine Amtsstelle am Wohnort der betroffenen Person. Die verfügende Behörde berücksichtigt bei der Bestimmung von Meldeort und Meldezeiten die persönlichen Umstände der betroffenen Person.

³ Die für den Wohnort der betroffenen Person zuständige Behörde verfügt die Meldeauflage. Die Zentralstelle und fedpol können den Erlass von Meldeauflagen beantragen.

Art. 7 Abs. 1 (geändert)

¹ Dass eine Person sich durch andere Massnahmen als eine Meldeauflage nicht von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen abhalten lässt (Art. 6 Abs. 1 Bst. e), ist namentlich anzunehmen, wenn:

Aufzählung unverändert.

Art. 10 Abs. 1 (geändert)

¹ Die zuständige Behörde für die Massnahmen nach den Artikeln 4 – 9, die Zentralstelle und fedpol können den Organisatoren von Sportveranstaltungen empfehlen, gegen Personen Stadionverbote auszusprechen, welche in Zusammenhang mit einer Sportveranstaltung innerhalb oder ausserhalb des Stadions gewalttätig wurden. Die Empfehlung erfolgt unter Angabe der notwen-

⁴⁾ SR 311.0.

⁵⁾ SR 120.

digen Daten gemäss Artikel 24a Absatz 3 BWIS⁶⁾.

Art. 12 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu)

¹ Beschwerden gegen Verfügungen der Behörden, die in Anwendung von Artikel 3a ergehen, haben keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerdeinstanz kann die aufschiebende Wirkung auf Antrag der Beschwerdeführer gewähren.

² Einer Beschwerde gegen eine Verfügung über Massnahmen nach den Artikeln 4–9 kommt aufschiebende Wirkung zu, wenn dadurch der Zweck der Massnahme nicht gefährdet wird und wenn die Beschwerdeinstanz oder das Gericht diese in einem Zwischenentscheid ausdrücklich gewährt.

Art. 13 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)

¹ Die Kantone bezeichnen die zuständigen Behörden für die Bewilligungen nach Artikel 3a Absatz 1 und die Massnahmen nach den Artikeln 3a Absatz 2 – 4, 3b und 4 – 9.

³ Die zuständigen Behörden melden dem Bundesamt für Polizei (fedpol) gestützt auf Artikel 24a Absatz 4 BWIS⁷⁾:

c) *(geändert)* die von ihnen festgelegten Rayons.

Art. 15 Abs. 2 (neu)

² Die Änderungen vom 2. Februar 2012 treten für Kantone, die ihnen zustimmen, an jenem Datum in Kraft, an dem ihr Beitrittsbeschluss rechtskräftig wird.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Die Änderung vom 2. Februar 2012 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen tritt an jenem Datum in Kraft, an dem der Genehmigungsbeschluss rechtskräftig wird.

Herausgegeben von der Staatskanzlei

Abstimmungsergebnisse: www.so.ch

⁶⁾ SR 120.

⁷⁾ SR 120.